

NACHRICHTEN

DEUSCHER FRACHTER IN PIRATENHAND

Seeleute an Land verschleppt

BERLIN/NAIROBI | Der Fall des vor gut zwei Wochen von Piraten im Indischen Ozean gekaperten deutschen Frachters „Hansa Stavanger“ hat eine dramatische Wende genommen. Fast die gesamte Schiffsbesatzung wurde laut der NGO „Ecoterra“ auf das somalische Festland verschleppt. Unklar ist, ob auch die fünf deutschen Besatzungsmitglieder als Geiseln darunter sind. Die Bundesregierung lehnt es ab, sich zu dem Bericht über die Verschleppung zu äußern. Ein AA-Sprecher sagte, der Krisenstab versuche „alles“, damit die Geiseln freigelassen würden.

Offenbar aus Furcht vor einer Befreiungsaktion hätten die Piraten 20 der 24 Seeleute an Land gebracht, berichtete die Organisation. Demnach befinden sich weiterhin „vier wichtige Besatzungsmitglieder“ an Bord und werden von den Seeräubern bewacht. Die „Hansa Stavanger“ liegt derzeit in der Nähe von Harardhere vor Anker. Der Hafen in der halbautonomen Region Puntland ist als Piratenhochburg bekannt. Derzeit haben die Piraten vor der Küste Somalias mindestens 18 Schiffe mit mehr als 300 Seeleuten in ihrer Gewalt. (dpa)



Foto: AP

Ausgeglitzert!

Mangels Nachfrage nach Diamanten will Botswana die Produktion der wertvollen Edelsteine 2009 von 33,6 auf 15 Millionen Karat reduzieren. Die Absatzkrise hat die Diamantenindustrie in Botswana bereits 4.500 Jobs gekostet. (epd)

SOLI-ZUSCHLAG

Wenig Unterstützung für Abschaffung

MÜNCHEN/BERLIN | Ein erneuter Vorstoß zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags nach der Bundestagswahl findet nur wenig Unterstützung. Der Soli könne gestrichen werden, „wenn die Wirtschaft wieder anspringt“, hatte Baden-Württemberg CDU-Generalsekretär Thomas Strobl der Berliner Zeitung gesagt. Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) nannte den Vorstoß verwunderlich. „Ich glaube auch nicht, dass er in der CDU mehrheitsfähig ist“, sagte Schavan dem Südkurier. (dpa)

MEHR TAZ AUF TAZ.DE

Facebook zieht Rechtsextreme an: Hitler als „Freund“

News
Blogs
Dossier

www.taz.de

SCHULDENBREMSE

Linke wollen dagegen klagen

HAMBURG | Die Linken wollen gegen eine Verankerung eines Verschuldungsverbots der Länder im Grundgesetz juristisch vorgehen. Die Schuldenbremse bedeute für den Föderalismus den Tod auf Raten, sagte Thüringens Linken-Spitzenkandidat Bodo Ramelow gestern. Vor allem Schleswig-Holstein, Bremen und das Saarland könnten bei einem Verschuldungsverbot allein nicht überleben, sagte Ramelow. (dpa)



Danke für 30 Jahre taz

Liebe Leserinnen und Leser, An diesem Wochenende wird die taz 30. Das hat, bei aller Bescheidenheit, eine historische Dimension. Möglich geworden ist das durch das immense Engagement von Mitarbeitern, Autorinnen, Lesern, Genossinnen, Wohlgesinnten und Freundinnen der taz. Und selbstverständlich auch durch den Widerstand unserer Kritiker und Feinde. Ihnen allen sagen wir herzlichen Dank.

Die taz erscheint regelmäßig seit dem 17. April 1979. Sie ist ein Kind der Bundesrepublik, entstanden aus der großen gesellschaftlichen Revolte von 1968. In diesen Tagen werden wir hin und wieder gefragt, ob die taz heute nicht „normal“ oder „zu normal“ sei, „nicht mehr links genug“ und dergleichen mehr.

Diese Sorge gibt es seit 1980. Wir teilen sie nicht. Die taz war ein solitäres Projekt und ist heute ein solitäres Medienunternehmen. Sie gehört ihren Genossen, Lesern und Mitarbeitern. Das ist die Grundlage, um auch in Zukunft unabhängigen, guten Journalismus machen zu können. Darum geht es uns.

Seit gestern läuft in Berlin der tazkongress. Falls Sie nicht kommen: Wir berichten das ganze Wochenende auf taz.de.

Heute erscheint die taz erstmals im neuen Layout. Und wir starten unsere neue Wochenendausgabe mit der „sonntaz“. Das ist ein Magazin für Politik, Gesellschaft, Kultur, Medien, Alltag und Konsum, das Sie auf die kommende Woche einstimmt. Am Samstag ist die taz jetzt übrigens farbig. Wir sind überzeugt, dass wir mit der Wochenendausgabe eine publizistische (und gedruckte!) Innovation schaffen, die stilbildend sein wird. Dafür bitten wir Sie um Ihre Blattrückmeldung. Wie gefällt Ihnen das neue Layout? Was muss besser werden? Haben Sie Fragen? Bitte mailen Sie an neuetaz@taz.de. Wir rufen Sie auch gerne an, wenn Sie uns Ihre Telefonnummer mitteilen und einen Zeitraum, in dem wir Sie erreichen.

Auf die nächsten 30 Jahre. Wir zählen auf Sie.

Redaktion, Verlag und Genossenschaft Ihrer taz

Stoppssymbol und Sperrklauseln

KINDERPORNS Auch ohne Gesetz wollen fünf Internetfirmen den Zugang zu Kinderpornoseiten erschweren

AUS BERLIN CHRISTIAN RATH

Ursula von der Leyen hat sich durchgesetzt. Gestern unterzeichneten fünf Internetprovider in einer öffentlichen Zeremonie Verträge mit dem Bundeskriminalamt über die Sperrung von Kinderpornoangeboten im Internet. Die CDU-Familienministerin hatte diese Verträge propagiert. „Es darf nicht sein, dass Bilder von der Vergewaltigung kleiner Kinder scheinbar problemlos im Internet anklickbar sind“, sagte sie.

Die Sperrung soll in drei bis sechs Monaten beginnen und erfasst rund 75 Prozent aller deutschen Internetanschlüsse. Mit dabei sind neben Marktführer T-Online (45 Prozent Marktanteil) auch Vodafone/Arcor, Alice/Hansenet, Kabel Deutschland und O2/Telefonica. Konkret wird das Bundeskriminalamt täglich den Internetfirmen eine aktu-

Ein entsprechendes Gesetz über Internetsperrungen soll ohnehin bald kommen. Schon nächsten Mittwoch wird die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Telemediengesetzes auf den Weg bringen. „Dann werden 100 Prozent des Marktes erfasst“, verspricht Ursula von der Leyen.

DNS-Sperren sind allerdings leicht zu umgehen. Man muss nur die genaue IP-Adresse der gesuchten Webseite kennen oder einen nicht zensurierten DNS-Server im Ausland benutzen.

Dennoch hält BKA-Chef Ziercke die Zugangsschwernis für sinnvoll. „Erfahrungen aus Norwegen zeigen, dass 80 Prozent der Personen, die gesperrte Kinderpornoseiten aufrufen, Gelegenheitstäter sind. Diese lassen sich durch die Sperrung wirksam abschrecken.“ Nur die bis zu 20 Prozent schwer pädokrime-nellen Täter würden die Umgehungsmöglichkeiten nutzen. „Es ist im besten Sinne Prävention, wenn wir die durch Spam-Mails angefixte Gelegenheitstäter davor bewahren, stüchtig zu werden“, betonte Ministerin von der Leyen.

BKA-Chef Ziercke sagte zu, er werde genau prüfen, welche Angebote wirklich kinderpornografisch im Sinne des deutschen Strafrechts sind. „Um die pornografische Darstellung von jugendlichen geht es im Moment nicht“, betonte Ziercke. Ausländische Listen würden „nicht eins zu eins“ übernommen. Im BKA werden für die Erstellung der Listen vier bis sechs neue Mitarbeiter eingestellt. „Im Zweifelsfall werden wir auf eine Sperrung verzichten“, sagte Ziercke zur taz. Die Familienministerin verwies auf das Beispiel Dänemark, wo es bisher lediglich fünf Beschwerden von vermeintlich falsch eingestuften Webseiten gegeben habe. Vor dem Bundespreseamt, wo die Verträge unterzeichnet wurden, demonstrierten gestern morgen rund 300 Gegner der Internetsperrung. Angesichts der nur dreitägigen Mobilisierung war die angekündigte „Mahnwache“ erstaunlich groß geraten.



Der Chaos Computer Club protestiert am Freitag in Berlin gegen „Internetsperrung“ Foto: Körner/Action Press

„Man will Akzeptanz für Zensur“

Andreas Bogk vom Chaos Computer Club kritisiert die Internetpolitik von Ursula von der Leyen: „Hier wird nur ein Strohmann aufgebaut“

taz: Herr Bogk, ist es schwierig, die Freiheit des Internets beim Thema Kinderpornografie zu verteidigen?

Andreas Bogk: Das Thema ist natürlich sehr heikel, und wir sind uns alle einig, dass Kindesmissbrauch und seine Darstellung bekämpft werden müssen.

Aber wer etwas vom Internet versteht, erkennt leicht, dass hier nur ein Strohmann aufgebaut wird und es vor allem darum geht, Akzeptanz für Zensur zu schaffen.

Glauben Sie wirklich, dass Ursula von der Leyen nur im Interesse der Sicherheitsbehörden agiert?

Sie will sich mit dem Thema Kinderpornografie, das scheinbar keinen Widerspruch erlaubt, sicher auch profilieren. Aber wenn bei mancher Veranstaltung links von ihr der BKA-Präsident sitzt und rechts von ihr ein Vertreter des Innenministeriums, dann sagt das schon viel aus. Außer-

dem sind ja auch die Musikindustrie und die staatlichen Glücksspielmonopole an der Einführung von Internetsperrung interessiert.

Wird der Chaos Computer Club jetzt gesperrte Kinderpornoseiten selbst anbieten, um die Zensur zu unterlaufen?

Selbstverständlich nicht. Aber Hacker werden dafür sorgen, dass die Liste der zensurierten Seiten öffentlich wird. Dann kann sich jeder ein eigenes Bild machen, was eigentlich zensuriert wird.

Warum sagen die Kritiker, man sollte die Seiten ganz abschalten?

Diese Aussage bezieht sich nur auf die Seiten, bei denen wirklich Kinder vor der Kamera missbraucht und vergewaltigt werden, was aber weniger als ein Prozent des zensurierten Angebots betrifft. In diesen Fällen helfen keine Zugangssperren, sondern müssen Produzenten und Anbieter verfolgt werden – was möglich ist, weil die Server we-

gen der guten Internetanbindung überwiegend in westlichen Rechtsstaaten stehen.

Kommt jetzt eine leistungsfähige Zensur-Infrastruktur?

Die Sperrung auf der Ebene der Domain Name Server ist für Einzelne leicht zu umgehen, wenn sie wissen, was sie suchen. Eine Massenmobilisierung, wie zur heutigen Mahnwache, könnte durch solche Methoden aber wirkungsvoll behindert werden.

Wie geht der Protest weiter?

Wir machen jetzt gegen die Provider mobil, die sogar ohne Gesetz mit der Internetsperrung beginnen wollen. Deren Kunden sollten den Provider verklagen.

INTERVIEW: CHRISTIAN RATH

Andreas Bogk

34 Jahre alt, ist studierter Betriebswirt und einer der Sprecher des Chaos Computer Clubs Foto: CHR

